

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8055
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	30.10.02

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld am 23.10.2002

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksvorsteher Hans Jürgen Vitenius:**

von der CDU-Fraktion

Herr Hans-Peter Degen, Frau Ingeborg Galbrecht, Herr Reiner Hadasch, Herr Franz-Josef Kirch, Herr Stefan Kleusch (bis 21.30 Uhr, TOP 11), Frau Andrea Knorr (ab 19.30 Uhr, TOP 3), Herr Karl-Heinz Krieglstein, Herr Gunther Pott,

von der SPD-Fraktion

Frau Karin Ernst, Frau Bärbel Falk, Herr Thomas Kring, Frau Ursula Kring, Herr Torsten Zolldahn,

von der FDP-Fraktion

Herr Dirk-Henrik Hülper,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Beig. Marlis Drevermann,

als beratende Mitglieder

Stv. Geisendörfer, Stv. Bahr,

nicht anwesend sind

Herr Jörg-Henning Schwerdt, Herr Klaus Lüdemann, Frau Gerta Helene Siller, Frau Sonja Czyganowski,

von der Verwaltung

Frau Ackermann - R Jugendamt u. Soziale Dienste, Herr Schulze - SB Schulen, Herr Hoffmann - Gebäudemanagement, Frau von Lom - R Stadtentwicklung u. Stadtplanung, Herr Korth u. Herr Widmann - R Straßen und Verkehr, Herr Krieg - SB Jugend u. Freizeit, Herr Thomas - R Baurecht, Grundstücke u. Wohnen,

von der Polizei

Herr Janssen,

von der Presse

Herr Glatthaar - WZ,

Schriftführerin

Frau Erika Wawersig.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Öffentliche Sitzung

1 **Bezirksjugendrat**

Der **Bezirksjugendrat** stellt in einer kurzen Zusammenfassung die erfolgreiche Arbeit der letzten zwei Jahre dar - z. B. die Graffiti-Aktionen in den Unterführungen, der neue Straßenbelag in der Wolkenburg -, geht aber auch auf die noch nicht erreichten Ziele wie das Jugendcafé und die Verstärkung der Buslinie 643 vor Schulbeginn ein.

Der **Bezirksvorsteher** dankt dem Bezirksjugendrat für die geleistete Arbeit und gibt seiner Hoffnung auf weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem neuen Bezirksjugendrat Ausdruck.

2 **Zukünftige Nutzung der Schwimmoper - Aktuelles Votum der Bezirksvertretung zur Ratssitzung am 04.11.2002**

Die **Bezirksvertretung** erteilt dem Bezirksvorsteher noch einmal den Auftrag, das Votum der BV zur Schwimmoper in der heute vorgelegten Form in der am 04.11. stattfindenden Sondersitzung des Rates abzugeben.

3 **Verbesserung der Situation am Ausgang des Tunnels Döppersberg - Aktueller Sachstand**

Der **Bezirksvorsteher** berichtet über ein Gespräch mit Herrn Bürgermeister Jung über dieses Problem, in dem man zu dem Ergebnis gekommen sei, als Geste sowohl für die Passanten als auch für die Vermieter und Mieter kleinere bauliche Veränderungen vorzunehmen, allerdings ohne finanzielle Unterstützung der BV. Er betont noch einmal, dass allen klar sein müsse, dass damit nicht das Problem behoben sei, sondern sehr wahrscheinlich eine Verdrängung stattfinden werde. Im Augenblick gebe es aber keine andere Lösung.

Frau Ackermann - R Jugendamt u. Soziale Dienste - stellt kurz die geplanten kleineren baulichen Maßnahmen vor, die auch mit den WSW abgestimmt seien.

Die **SPD-Fraktion** befürchtet nach wie vor eine Verdrängung - evtl. auch in Bereiche, die nicht so im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen würden wie der Döppersberg - und will daher den geplanten Maßnahmen nicht zustimmen.

Die **CDU-Fraktion** sieht in kleinen baulichen Veränderungen die Möglichkeit, die Situation an dem Verkehrsknotenpunkt Döppersberg zu verbessern und zu ordnen.

Der **Bezirksjugendrat** weist darauf hin, dass es sich hier um Menschen mit großen Problemen handele, die man nicht einfach verdrängen dürfe.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 23.10.2002:

Die Bezirksvertretung ermächtigt die Verwaltung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Ausgang des Tunnels Döppersberg zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei 6 Enthaltungen (SPD)

- 4
- a. **Baumaßnahme im Rahmen von Schulraumerweiterung an der Realschule Helmholtzstraße**
 - **Nachträgliche Anhörung zum Grundsatzbeschluss**
 - **Vorstellung der baulichen Planung**
 - b. **Umwandlung der Grundschule Am Mirker Bach - Sachstandsbericht der Verwaltung**
 - c. **Grundschule Cronenberger Straße - Sachstandsbericht der Verwaltung**
- zu a)

Die **SPD-Fraktion** sieht sich zur denkmalrechtlichen Beurteilung nicht in der Lage und bittet um Vorlage der Stellungnahme der Denkmalbehörde. Darüber hinaus bedauert sie das geringe Engagement für ihren Vorschlag zur Anmietung von Räumen im Mirker Bahnhof. Am Rande des TOP spricht sie das Fehlen des Elberfelder Wappens an dem denkmalgeschützten Gebäude an und fragt, ob eine Wiederherstellung des alten Zustandes möglich sei.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 23.10.2002:

Die Bezirksvertretung nimmt den Durchführungsbeschluss nachträglich zur Kenntnis und erwartet, dass Ansichts- und Gestaltungspläne rechtzeitig vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

zu b)

Der **Bezirksvorsteher** verweist auf die zwischenzeitliche Einladung zu einer Veranstaltung der Schule zu diesem Thema, bei der sich jeder selbst informieren könne.

zu c)

Der **Bezirksvorsteher** stellt fest, dass die GS Cronenberger Straße im bisherigen Schulentwicklungsplan nicht zur Schließung vorgesehen war, er könne auch keine neuen Argumente erkennen, die für eine Schließung sprechen würden.

Frau Beig, Drevermann führt aus, dass die Stadt einen Schulentwicklungsplan erstellen müsse, in dem die Bevölkerungsentwicklung zu berücksichtigen sei. In Wuppertal gebe es in den nächsten Jahren extrem rückläufige Schülerzahlen. Hinzu komme ein erheblicher Investitionsstau in den Schulen. Daher habe man sich darauf verständigt, alle Kräfte auf Grundschulen mit Ganztagsbetreuung zu richten, diese auszubauen und Schulen mit sinkenden Schülerzahlen zu schließen, wobei auch die Infrastruktur im Umfeld der Schulen (Hort, Kindergarten, Musikschule) eine Rolle spiele.

Vorgesehen seien die Schulschließungen erst mit Beginn des Schuljahres 2006/2007, auslaufend 2009, so dass keine bereits eingeschulten SchülerInnen betroffen seien.

Herr Schulze - SB Schulen - verweist auf die bezirksübergreifenden Überlegungen des mit diesem Thema befassten Teams. Man habe hier beispielsweise die Südhöhen betrachtet, unabhängig davon, in welchem Stadtbezirk die einzelne Schule liege. Neben des Schülerzahlrückgangs seien auch andere Gesichtspunkte - wie von Frau Beig, Drevermann bereits ausgeführt - bei der Entscheidung berücksichtigt worden.

Die **SPD-Fraktion** vermisst Hinweise auf Betreuungsangebote in anderen Schulen und Schulprogramme.

Sie verweist auf für das Schulgebäude Cronenberger Straße in den letzten Jahren bereits getätigte Investitionen.

Man könne sich der Einsparungsnotwendigkeit zwar nicht verschließen; sie sieht aber keine Argumente, die für eine Schließung gerade dieser Schule sprechen würden, da Zügigkeit und Instandhaltungsbedarf bei allen Schulen in etwa gleich wären.

Herr Hülper spricht sich für den Erhalt der GS Cronenberger Straße aus. Die Schule habe ein sehr gutes Konzept, sei hervorragend in das Umfeld integriert und weise steigende Schülerzahlen auf. Das belege doch, dass Eltern ihre Kinder gerade in diese Schule schicken wollten, weil sie das Konzept überzeuge.

Die **CDU-Fraktion** bestreitet nicht das gute Konzept der Schule. Es könne aber trotzdem nicht darüber hinweg gesehen werden, dass die GS Cronenberger Straße auf eine Einzügigkeit hinauslaufe. Deshalb sollten die ohnehin knappen Mittel an anderen Stellen investiert werden.

Frau Beig. Drevermann stellt noch einmal fest, dass die Schülerzahlen um 20 % sinken würden. Deshalb müsse, wenn eine Schule erhalten bleiben solle, ein Vorschlag zur Schließung einer anderen Schule kommen.

Herr Hoffmann - GMW - verweist auf den Instandhaltungsbedarf für alle Grundschulen in Wuppertal und verneint die Frage der SPD-Fraktion, ob in den für die Schule bezifferten Kosten auch Kosten für den Abbruch des „Stelzenraumes“ der Station „Natur und Umwelt“ enthalten seien. Die im Schulgebäude getätigten Investitionen seien unaufschiebbar gewesen.

Herr Thomann - Mitglied des Projektteams „Schulentwicklungsplanung“ - stellt ganz klar fest, dass man sich auf den Südhöhen bei sinkenden Schülerzahlen zwischen den Standorten Cronenberger Straße und Küllenhahner Straße entscheiden müsse. Nur einer dieser beiden Standorte könne erhalten bleiben. Eine Schließung bedeute nicht, dass damit die gute Arbeit der Schule Cronenberger Straße beendet sein müsse. Konzepte könne man auch auf andere Schulen übertragen. Seiner Auffassung nach sei aber eine Verlagerung in ein anderes Schulgebäude für die Kinder von Vorteil.

Herr Stv. Bahr ist auch der Ansicht, dass Konzepte mit „umziehen“ könnten. Es gehe bei diesem Schulentwicklungsplan vorrangig um die Entwicklung von Schulen und nicht um die Schließung. Diese Entwicklung müsse aber wegen der sinkenden Schülerzahlen und der Finanznot der Gemeinde auf einige Schulen konzentriert werden, was er auch für richtig halte.

Frau Beig. Drevermann weist ebenfalls noch einmal darauf hin, dass bei der Erstellung des Schulentwicklungsplanes nicht der Gesichtspunkt der Einsparung im Vordergrund gestanden habe, sondern die sinkenden Schülerzahlen. Auch sie ist der Auffassung, dass gute Schulprogramme durchaus transportiert werden könnten.

Die **SPD-Fraktion** wendet ein, dass es sich doch anbiete, eine bereits entwickelte Schule weiter zu entwickeln.

Frau Bockelmann - Schulleiterin GS Cronenberger Straße - verweist darauf, dass die Schülerzahlen der Schule zunehmen würden, weil die Eltern ganz bewusst diese Schule wählten. 185 Kinder besuchten diese Schule, wovon 76 in die Betreuung gehen würden. Die Betreuungsräume einschl. einer Küche seien auf Kosten der Eltern

geschaffen worden.

Frau Ernst ist der Meinung, dass die Zügigkeit dieser Schule gesteuert worden sei, weil die Kinder aus dem Neubaugebiet Carl-Schurz-Straße entgegen des Votums der BV Elberfeld zur Schule Küllenhahner Straße geschickt worden seien.

Der **Bezirksvorsteher** stellt abschließend fest, dass sich die BV im November noch einmal mit dieser Problematik beschäftigen und dann auch einen Beschluss fassen werde.

5 Bushaltestelle Wall

Der **Bezirksvorsteher** hält die Gestaltung der Überdachung für sehr unglücklich. Seiner Meinung nach würden die darunter stehenden Personen nicht geschützt.

Frau von Lom - R Stadtentwicklung und Stadtplanung - erklärt, dass die Höhe der Überdachung wegen der den Wall befahrenden LKW erforderlich sei. Allerdings hätten auch städtebauliche Aspekte eine Rolle gespielt. Bisher sei die Gestaltung auch nur positiv aufgenommen worden.

Herr Zoldahn ist der Meinung, dass hier für insgesamt sechs Sitzplätze sehr viel Geld verschwendet worden sei. Die Wartenden seien weiterhin Regen und Schnee ausgesetzt.

Die **CDU-Fraktion** vertritt die Auffassung, dass man die Situation im Winter beobachten solle.

6 Weihnachtsbaummarkt auf dem Laurentiusplatz

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 23.10.2002:

Dem Antrag der IG Friedrich-Ebert-Straße auf Durchführung eines Weihnachtsbaummarktes auf dem Laurentiusplatz wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7 Bewohnerparken Reitbahnstraße

Herr Korth - R Straßen und Verkehr - stellt fest, dass der Begriff „Bewohnerparken“ die Einrichtung großflächiger Gebiete zum Parken für die Bewohner eines bis zu einem Kilometer vom Wohnort entfernten Bereichs ermögliche. Die bisherige Regelung habe nur die Anwohner von höchstens drei Straßen erfasst.

Die **SPD-Fraktion** begrüßt die Regelung für die Reitbahnstraße, ist aber der Meinung, dass die Möglichkeit des Bewohnerparkens nach und nach auf die gesamte Nordstadt ausgeweitet werden solle, weil die Probleme überall gleich seien.

Herr Widmann - R Straßen und Verkehr - erklärt auf Nachfrage des Bezirksvorstehers, dass das neuerbaute Parkhaus an der Bergstraße nicht sehr ausgelastet sei.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 23.10.2002:

In der Reitbahnstraße wird eine Bewohnerparkzone mit neun Stellplätzen eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 1 Gegenstimme (CDU)

8 Zustand der Häuser Untergrünwalder Straße 14 - 16

Herr Thomas - R Baurecht, Grundstücke und Wohnen - berichtet, dass man bei diesen Häusern zwei Aspekte unterscheiden müsse: einmal die baurechtliche und einmal die denkmalschutzrechtliche Seite.

Zur baurechtlichen Situation könne er sagen, dass am 25.02.2000 ein Bauantrag gestellt und am 12.04.2000 unter Beteiligung der Denkmalbehörde eine Baugenehmigung erteilt worden sei. Diese Baugenehmigung bleibe für die Dauer von drei Jahren gültig.

Wegen der Absicherung der Gebäude sei am 17.09.2002 eine Ordnungsverfügung unter Androhung von Zwangsgeld mit einer 14tägigen Frist an den Eigentümer gegangen. Nach Ablauf der Frist habe die Stadt ein Zwangsgeld festgesetzt, innerhalb der erneuten 14tägigen Frist seien die Gebäude ausreichend abgesichert worden, so dass das Zwangsgeld nicht erhoben werden konnte. Die Gebäude würden auch weiterhin ständig kontrolliert. Die denkmalschutzrechtliche Seite sehe so aus, dass die Gebäude seit 1987 unter Denkmalschutz stehen würden. Am 25.04.2000 sei eine Aufforderung an den Eigentümer ergangen, die Gebäude bis Ende 2000 Instandzusetzen. Da dieser Termin wiederum nicht eingehalten worden sei, habe die Unt. Denkmalbehörde eine Ordnungsverfügung erlassen, die inzwischen - nach Widerspruch des Eigentümers - von der Bezirksregierung bestätigt wurde. Dagegen habe der Eigentümer geklagt, die Klage sei aber noch beim Verwaltungsgericht anhängig.

Unabhängig von der Klage habe die Unt. Denkmalbehörde wegen des Zustands der Gebäude am 06.09.2002 den sofortigen Vollzug der Ordnungsverfügung angeordnet. Nach acht Wochen, also Ende Oktober/Anfang November, könne ein erster Bescheid über die Erhebung von Zwangsgeld erteilt werden.

Wahrscheinlich sei aber ein erneuter Widerspruch des Eigentümers.

Abschließend stellt er fest, dass durch den Zustand des Gebäudes Gefahr für Leib und Leben noch nicht gegeben sei.

Herr Hülper sieht bereits in dem jetzigen Zustand eine Gefährdung.

Der **Bezirksvorsteher** stellt mehr oder weniger resignierend fest, dass dieses Thema die BV wohl noch einige Zeit beschäftigen werde.

9 Neubau des Spielplatzhauses Hardt

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 23.10.2002:

Es wird empfohlen, das Spielplatzhaus Hardt durch einen Neubau mit Gesamtkosten von 639.100 € zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**10 Landschaftsplanverfahren - Landschaftsplan Wuppertal-West
Behandlung der Bedenken und Anregungen aus der frühzeitigen
Bürgerbeteiligung
Offenlegungsbeschluss gem. § 27 c LG NRW**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 23.10.2002:

1. Es wird empfohlen, den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der Bedenken und Anregungen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung BB – Nr. 01 - BB – Nr. 03 und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Nachbarstädte TÖB –Nr. 03 – TÖB Nr. 65 zuzustimmen.
2. Es wird empfohlen, die öffentliche Auslegung des Landschaftsplanes Wuppertal - West (Entwicklungskarten, Festsetzungskarten und Textteil) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

11 Sachstandsbericht zur Situation der Reitwegeunterhaltung in Wuppertal

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 23.10.2002:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

12 Berichte und Mitteilungen

12.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aus der Sitzung vom 25.09.2002 zur Drucksache 2614/02 (Schwimmoper etc.)

Herr Hülper ist empört über den Stil dieser Beantwortung und regt an, das Schreiben Herrn Dr. Slawig zur Kenntnis zu geben.

12.2 Schreiben eines Bürgers zur Parksituation in der Luisenstraße - zur Stellungnahme in der Verwaltung

12.3 Überprüfung von Einzelbäumen

12.4 Sitzungstermine 2003

Die **BV** beschließt mehrheitlich den 21.05.2003 als Sitzungstermin.

12.5 zu 12.2

12.6 Öffentliches Gelöbnis auf dem Laurentiusplatz
- Bericht der Verwaltung

12.7 Werbeanlage Bundesallee 217
- Mitteilung R Baurecht, Grundstücke und Wohnen

12.8 Baumfällung Jägerhofstraße

- Mitteilung R Umwelt, Grünflächen und Forsten

Die **SPD-Fraktion**

- 12.9 möchte wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, die BV an der zukünftigen Jugend- und Sozialhilfeplanung für den Bereich Elberfeld zu beteiligen.

Herr Zolldahn

- 12.10 bittet um einen erneuten Sachstandsbericht zur Parksituation Hochstraße / Ecke Reitbahnstraße. So wie es aussehe, habe sich an der Situation trotz anderslautender Berichte der Verwaltung nichts geändert.
- 12.11 spricht den erneuerten, aber bereits wieder ruinierten Straßenbelag an den Bushaltestellen Höchsten, Hochstraße / Marienstraße und Rommelspütt an und fragt nach der Gewährleistungspflicht der ausführenden Firma.
- 12.12 **Herr Hülper** bittet, das Thema „Fritzsche-Bau auf dem Wall“ auf die nächste Tagesordnung zu nehmen. Die Denkmal-Substanz dieses Gebäudes sei seiner Meinung nach nicht ausreichend geprüft worden. Außerdem bestehe ordnungsbehördlicher Handlungsbedarf wegen der Verschmutzung durch Tauben und Taubenkadaver.
- 12.13 **Herr Kriegelstein** weist auf den überflüssigen Ampelmast an der Cronenberger Straße 260 hin.
- 12.14 **Frau Galbrecht** berichtet über seit Monaten sich häufende Autoaufbrüche auf den Friedhöfen an der Hochstraße. Vor allen Dingen ältere Menschen seien sehr verunsichert. Sie bittet die Polizei um verstärkte Kontrollen in diesem Bereich und regt evtl. das Aufstellen von Schildern an, die die Besucher darauf hinweisen sollen, dass sie keine Wertgegenstände in den Autos zurücklassen.
- 12.15 **Herr Hadasch** weist auf die problematische Verkehrssituation in der Elberfelder Nordstadt am Müllabfuhrtag hin. Die Nordstadt sei dann dicht, Autofahrer hätten große Schwierigkeiten, aus dem Viertel herauszukommen.
- 12.16 Der **Bezirksvorsteher** möchte von der Verwaltung wissen, wann der Kugelbrunnen hinter dem Verwaltungsgebäude aufgestellt werde. Die BV habe bereits im Sommer Mittel zur Verfügung gestellt, man habe aber bis heute nichts gehört und er habe die Befürchtung, dass die Mittel, die aus dem Jahre 2001 stammten, Ende des Jahres verfallen würden.